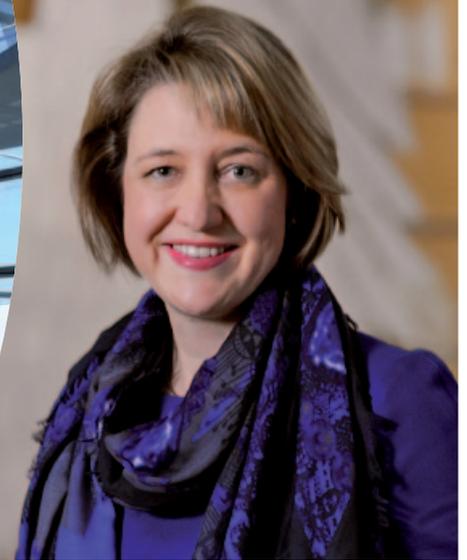




# Brief aus Berlin

Ausgabe 03|2014



Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber

## Erste Rede im Deutschen Bundestag

Anja Weisgerber spricht zur Mietentwicklung und zum Wohnungsmarkt



Liebe Leserinnen und Leser,

am vergangenen Donnerstag durfte ich meine erste Rede im Deutschen Bundestag halten – in der Debatte über Anträge der Fraktion Die Linke zum Thema Mietrecht und Wohnungsmarkt. Obwohl ich als Europaabgeordnete schon oft im Europäischen Parlament gesprochen habe, war die erste Rede im Bundestag und die direkte Konfrontation mit der Opposition etwas Besonderes und hat richtig Spaß gemacht. *(Hier können Sie die Rede ansehen)*

Es freut mich sehr, dass wir die Mittel für die Städtebauförderung auf ein neues Rekordniveau aufstocken, nämlich von 455 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro jährlich. Das ist ein starkes Signal an unsere Städte und Gemeinden. Es ist aber wichtig, dass auch künftig nicht nur Städte von der Städtebauförderung profitieren, sondern auch die ländlichen Räume. Nur so schaffen wir gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen Deutschlands. Das ist das ausgewiesene Ziel von CDU und CSU.

Zurzeit finden die Verhandlungen über die Verteilung der Städtebauförderungsmittel für 2014 statt. Als Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Umwelt und Bau bin

ich direkt daran beteiligt. In der Vergangenheit wurden in Schweinfurt-Kitzingen viele städtebauliche Maßnahmen gefördert. Als Vertreterin der ländlichen Räume mache ich mich dafür stark, dass mein Wahlkreis auch künftig von den Mitteln aus der Städtebauförderung profitiert. Gerade im anstehenden Konversionsprozess kann diese ein wichtiges Gestaltungsmittel sein.

Vor dem Hintergrund der steigenden Mieten in Groß- und Hochschulstädten hat die Linke die Forderung aufgestellt, dass Mieterhöhungen ohne eine Verbesserung der Wohnsituation nur in Höhe des Inflationsausgleichs zulässig sein sollen. Eine Mietpreisbremse ist der richtige Ansatz. Es kommt aber darauf an, wie man die Mietpreisbremse ausgestaltet.

*Fortsetzung auf Seite 2*

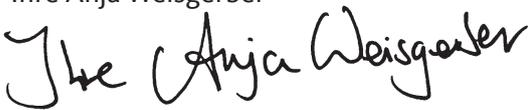
### WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Kein Genmaisbau in Bayern
- CDU und CSU fordern Aufklärung im Fall Edathy
- Christian Schmidt neuer Agrarminister
- Optimistischer Ausblick: Jahreswirtschaftsbericht
- Unterwegs im Wahlkreis

*Fortsetzung von Seite 1*

Die neue Regelung darf nämlich nicht zur Investitionsbremse werden. Denn dann gibt es niemanden mehr, der in neue Wohnungen investiert, dabei ist doch der Bau neuer Wohnungen der beste Mieterschutz. Die Union schlägt daher eine Mietpreislösung vor, die den Ländern die Entscheidung überlässt, in welchen Gebieten die Mieterhöhungen begrenzt werden können. Wir können die ländlichen Räume mit Wohnungsleerstand und die Ballungsgebiete mit Wohnungsknappheit nicht über einen Kamm scheren. Die Länder kennen die Situation vor Ort am besten und können so passgenau auf die regionalen Unterschiede am Wohnungsmarkt reagieren.

Herzliche Grüße,  
Ihre Anja Weisgerber



Dr. Anja Weisgerber MdB



## Kein Genmaisbau in Bayern

### Bundeländer sollen Anbau von Genmais selbst verbieten können

Die CSU steht auch weiterhin für ein gentechnikbaufreies Bayern. Wir wollen keine gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf unseren Feldern, denn wir erkennen die Vorbehalte der Bürgerinnen und Bürger sowie der Landwirte gegenüber der grünen Gentechnik an. Das konnten wir auch im Koalitionsvertrag der Großen Koalition so durchsetzen und verankern.



Aktuell wird in Bayern und ganz Deutschland kein gentechnikverändertes Produkt angebaut. Das liegt unter anderem daran, dass wir in Deutschland - auch aufgrund der Vorbehalte der Bevölkerung - das strengste Gentechnikgesetz weltweit haben mit sehr rigiden Abstands- und Haftungsregeln. Deutschland hat sich in Brüssel bei der Abstimmung über die Zulassung der Genmaislinie 1507 enthalten. Die CSU hätte sich hier ein Nein gewünscht. Das war aber aufgrund der offenen Haltung der CDU nicht

möglich. Die CDU befürchtet nämlich, dass durch ein generelles Verbot von GVO keine Forschung mehr auf diesem Gebiet möglich ist.

Aufgrund unserer strengen Gesetzeslage ist davon auszugehen, dass die Maislinie 1507 in Deutschland nie angebaut werden wird. Weder die Verbraucher noch unsere Landwirte wollen einen Anbau. Daher möchten wir die aktuelle Diskussion zum Anlass nehmen, um auf europäischer Ebene eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die es dem Freistaat möglich macht, den Anbau von GVO in Bayern zu verbieten. Noch in meiner Funktion als Europaabgeordnete habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Mitgliedstaaten per Gesetz die Möglichkeit bekommen sollen, den Anbau von GVO auf ihrem Hoheitsgebiet zu untersagen. Als CSU haben wir erreicht, dass die Europäische Kommission 2010 einen solchen Gesetzgebungsvorschlag gemacht hat und wir konnten die Erste Lesung im Europäischen Parlament dazu gut abschließen. Im Moment liegt es an den Mitgliedstaaten zu entscheiden, wie sie sich im europäischen Gesetzgebungsverfahren dazu positionieren. Als CSU werden wir die aktuelle Diskussion noch einmal zum Anlass nehmen, um uns auch weiterhin dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung dieses Gesetzgebungsverfahren auf der EU-Ebene vorantreibt. Eine entsprechende Bundesratsinitiative wird Bayern nun auf den Weg bringen. Ich freue mich darüber, dass auch in Brüssel die ersten Beratungen zu einer Weiterbehandlung des Gesetzes stattgefunden haben. Wir werden den Druck weiterhin aufrecht erhalten, so dass das Gesetzgebungsverfahren zum Abschluss kommt und Bayern selbstbestimmt über den Anbau von GVO entscheiden kann.

## CDU/CSU: „Wir fordern Aufklärung“

Anja Weisgerber fordert klare strafrechtliche Regeln zur Bekämpfung von Kinderpornographie

In einer aktuellen Stunde befasste sich der Bundestag am vergangenen Mittwoch mit dem Fall Edathy. Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt bedauerte den Rücktritt von Hans-Peter Friedrich wegen der Weitergabe einer vertraulichen Information an SPD-Chef Sigmar Gabriel.

Bei seiner Rede im Plenum unterstrich CSU-Landesgruppenmitglied Stephan Mayer als Vorsitzender der AG Innen der CDU/CSU-Fraktion, dass es sich bei dem zurückgetretenen Minister Hans-Peter Friedrich um einen „integren und rechtschaffenen“ Kollegen handle, der sich „moralisch vollkommen anständig verhalten“ habe. Er habe die Bundesregierung sowie die Bundesrepublik vor Schaden bewahren wollen, so Mayer. Ob sein Verhalten strafrechtlich relevant sei, müsse „an anderer Stelle“ geklärt werden. Es gebe innerhalb der CSU jedoch „große Entrüstung und Enttäuschung“, dass Friedrich aufgrund des Verhaltens des ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Edathy habe zurücktreten müssen. Zudem stelle sich die Frage, ob nicht der entsprechende Strafrechtsparagraf zur Verbreitung und dem Erwerb kinderpornografischer Schriften verschärft werden müsse. „Als Mutter von zwei Kindern

fordere ich, dass das Strafrecht auf Regelungslücken überprüft wird. Es kann doch nicht sein, dass es bei einem solch sensiblen Thema Abgrenzungsprobleme gibt. Der Verkauf und der Tausch von jeglichen Nacktbildern von Kindern muss unterbunden und strafrechtlich verfolgt werden können“, so Weisgerber. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt bedauerte den Rücktritt von Hans-Peter Friedrich ausdrücklich. „Er war der richtige Mann im richtigen Amt. Ob der Rücktritt aus juristischer Sicht notwendig war, werden wir wahrscheinlich erst in einigen Wochen oder gar Monaten wissen“, so Gerda Hasselfeldt.

Hans-Peter Friedrich wollte die künftige Bundesregierung vor Schaden bewahren, das habe er auch erreicht. Selbst Sigmar Gabriel habe dies eingeräumt. „Man stelle sich nur einmal vor, was passiert wäre, wenn der SPD-Vorsitzende nicht informiert gewesen wäre und Herr Edathy ein Spitzenamt in der Regierung bekommen hätte. Dass nun derjenige den Schaden hat, der Schaden verhindern wollte, ist mehr als bitter. Kritisch zu hinterfragen ist nun zum einen der Umgang der SPD-Parteispitze mit der vertraulichen Information und zum anderen, warum sie einen vertraulichen Vorgang öffentlich gemacht hat.“

## Christian Schmidt neuer Agrarminister

Hans-Peter Friedrich wird stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Der bisherige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Christian Schmidt (CSU), hat von Bundespräsident Joachim Gauck die Ernennungsurkunde zum Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft erhalten. Der 56-jährige Jurist und CSU-Abgeordnete aus dem Wahlkreis Fürth gehört der Bundesregierung bereits seit 2005 an. Acht Jahre lang, bis 2013, war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung. „Christian Schmidt ist eine sehr gute Wahl“, so die Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt. „Er ist ein sehr erfahrener Kollege aus einem ländlich geprägten Wahlkreis, hat also seine ganze politische Karriere viele Berührungspunkte mit dem Thema Landwirtschaft“. Seit 1990 gehört Schmidt dem Bundestag an. Seither wurde er in seinem Wahlkreis stets direkt gewählt. Seit 2011 ist Schmidt auch stellvertretender Vorsitzender der CSU.

„Die Sache, um die es ihm gehe, sei, die Vielfalt des Lebens, der Lebens- und Erwerbsthemen auf dem Lande zu sichern, keine Einheitsvorgaben zu machen, die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit genauso wie der Tiergesundheit, die Erhaltung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards bei Lebensmitteln und ein wertgebundenes Verständnis der Landwirtschaft“, schreibt der neue Minister auf seiner Homepage.

Nach der Ernennung von Schmidt wählte die CSU-Landesgruppe Hans-Peter Friedrich einstimmig zum neuen Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion. Er wird damit für den Bereich Europa verantwortlich sein. Die Wahl war notwendig geworden, weil Thomas Silberhorn als einer der bisherigen Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden künftig als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung tätig sein wird. Die Entwicklungspolitik ist Silberhorn nicht unbekannt. Bis vor wenigen Wochen war er Sprecher der CSU-Landesgruppe für internationale Fragen.



# Optimistischer Ausblick

## Jahreswirtschaftsbericht 2014

Die Bundesregierung hat ihren Jahreswirtschaftsbericht für das laufende Jahr vorgestellt. Diesen hatte das Bundeskabinett zuvor unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft heute – Impulse für Wachstum und Zusammenhalt“ beschlossen. Dieser orientiert sich konsequent am Koalitionsvertrag und ist somit Ausdruck zuverlässiger Zusammenarbeit.

Insgesamt schätzt die Bundesregierung die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands optimistischer ein als bisher. Sie hebt ihre Wachstumsprognose für 2014 leicht an. Im Vergleich zu 2013 liegt das prognostizierte Plus bei 1,75 Prozent. Für die Binnennachfrage wird ein Wachstum von 2,1 Prozent veranschlagt und die Exporte könnten sogar um mehr als vier Prozent steigen. Das sind gute Nachrichten – für Deutschland und auch für Bayern.

Darüber hinaus wird ein neuer Beschäftigungsrekord erwartet – der könnte 2014 bei rund 42,1 Millionen Erwerbs-

tätigen liegen. Das ist ein Plus von 240.000.

Allerdings sind eine positive Wirtschaftsentwicklung und die hohe Beschäftigung keine Selbstläufer. Sie sind das Ergebnis einer guten und konsequenten Wachstumspolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bei neuen Gesetzesvorhaben beispielsweise im Bereich Arbeitsmarkt muss deshalb sorgfältig darauf geachtet werden, dass die positive Entwicklung nicht gefährdet wird.

„Die deutsche Wirtschaft bleibt auch 2014 die Lokomotive für Wachstum und Beschäftigung in Europa“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Karl Holmeier. „Es kommt jetzt darauf an, dass wir mit unserer Wirtschaftspolitik die richtigen Weichen stellen, um unsere Wirtschaft auf der Erfolgsspur zu halten. Im Gegensatz zur Opposition setzen wir auf eine Politik der Stabilität, des Vertrauens und der Solidität.“

## Unterwegs im Wahlkreis



### CSU-Sonntags-Stammtisch

Bürgerinnen und Bürger hatten beim Sonntags-Stammtisch der CSU in Üchtelhausen-Zell die Möglichkeit, mit Anja Weisgerber, dem Bürgermeisterkandidaten Ingo Göllner, dem Mundart-Autor Wilhelm Wolpert und weiteren Gästen direkt ins Gespräch zu kommen. Wilhelm Wolpert sorgte auch mit seinen fränkischen Gschichtli und Gedichtli für einen gelungenen Vormittag.

#### Wahlkreisbüro

Schweinfurt-Kitzingen  
Karl-Götz-Straße 17, 97421 Schweinfurt

Tel.: 09723 934370, Fax: 09723 934385  
E-Mail: [anja@weisgerber.com](mailto:anja@weisgerber.com)



### Lounge in the City in Werneck

Unter dem Motto "Mehr Frauen in die Kommunalpolitik" stand die Lounge in the City in Werneck. Bei der Ladies Afterwork Party waren neben der CSU-Europakandidatin Barbara Becker (rechts) auch zahlreiche Kreistagskandidatinnen vor Ort. Im Eiscafe Natalino stellte sich auch Wernecks Bürgermeisterin Edeltraud Baumgartl (links) vor, die im März um eine zweite Amtszeit kandidiert.

#### Bundestagsbüro

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227 79344, Fax: 030 227 76343  
E-Mail: [anja.weisgerber@bundestag.de](mailto:anja.weisgerber@bundestag.de)

[www.anja-weisgerber.de](http://www.anja-weisgerber.de)